



Entsorgungsamt

Totalrevision Abfallreglement

1 Veranlassung

Das geltende Reglement über die Abfallentsorgung und deren Finanzierung (Abfallreglement) datiert vom 31. August 1993. Es wurde durch einen Nachtrag I vom 22. September 1998 (cRS 1999, 77) und durch einen Nachtrag II vom 15. Februar 2000 (cRS 2000, 31) geändert. Neben Detailregelungen bezogen sich die Nachträge auf die Einführung einer Grundgebühr bei gleichzeitiger Senkung der Kehrrechtgebühren sowie auf die Flexibilisierung der Gebühren in Anlehnung an die Konkurrenzsituation auf den Abfallmärkten.

Seit dem Erlass des Abfallreglements erfuhren das einschlägige Bundes- wie auch das kantonale Recht verschiedene Änderungen. Das städtische Recht muss an die neuen übergeordneten Vorschriften angepasst werden. Dabei sind einzelne Bestimmungen im städtischen Reglement nicht mehr erforderlich, weil sie zwischenzeitlich im übergeordneten Recht geregelt wurden. Neu aufgenommen wird eine Verbotsnorm gegen das zunehmende Littering. Ferner werden die Entsorgung von Siedlungsabfällen mittels Unterflurbehältern und die Zweckbestimmung öffentlicher Abfallkübel neu geregelt. Im Bereich der Gebühren wird die Möglichkeit der Einführung gewichtsabhängiger statt volumenabhängiger Gebühren geschaffen. Zudem wurde ein Artikel als „Unternehmensreglement“ des Kehrrecht Heizkraftwerks (KHK; früher als Kehrrechtverbrennungsanlage bezeichnet) aufgenommen.

Der Reglementsentwurf wurde vom kantonalen Amt für Umweltschutz vorgeprüft und als genehmigungsfähig beurteilt.



2 Kommentar zu den einzelnen Artikeln

2.1 Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1: Der Artikel legt den Geltungsumfang des Reglements fest. Da das KHK ein unselbständiges Unternehmen der Stadt ist, bedarf es einer besonderen Regelung in einem Reglement.

Artikel 2: Entsprechend der modernen Gesetzgebungstechnik werden die verwendeten Definitionen in einem Artikel am Anfang des Reglements festgehalten. Die im Abfallreglement verwendeten Definitionen entsprechen den gängigen Fachbegriffen und den Empfehlungen des Kantons.

Artikel 3: Die Aufgaben der Stadt werden ebenfalls zu Beginn des Reglements aufgelistet. Materiell ergeben sich keine Änderungen.

Artikel 4: In Erfüllung von Art. 46 Abs. 2 der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004 (sRS 111.1) wird dieser Artikel als „Unternehmensreglement“ für das Kehrichtheizkraftwerk (KHK) aufgenommen. Materiell ergeben sich keine Änderungen.

Artikel 5: Dieser Artikel entspricht Artikel 24bis des geltenden Reglements. Die Bestimmungen über die Festlegung abweichender Konditionen mit Vertragspartnern wurden übersichtlicher formuliert, materiell ergeben sich hingegen keine Änderungen.

2.2 Verhaltensvorschriften

Artikel 6: Die in diesem Artikel enthaltenen Vorschriften konnten gegenüber dem geltenden Reglement gekürzt werden, da viele bisherige Bestimmungen heute im übergeordneten Recht geregelt und damit der Rechtsetzung der Gemeinden entzogen sind.

Artikel 7: Die Versuche mit Unterflurbehältern haben sich bewährt. Zur definitiven Einführung ist es erforderlich, dass das Entsorgungsamt die Kompetenz erhält, die Entsorgung von Siedlungsabfall auf diesem Weg vorzuschreiben. Dabei ist darauf zu achten, dass die Gehwegdistanz zu den Behältern zumutbar bleibt.

Artikel 8: Um der Problematik des Litterings adäquat begegnen zu können, wird eine ausdrückliche Verbotsnorm in das Reglement aufgenommen.



Artikel 9: Diese Bestimmung ist neu. Sie bekämpft den Missbrauch der Abfallkübel und damit das Unterlaufen der Entsorgungsgebühren. Zudem wird die Sauberkeit der Stadt verbessert, wenn die Abfallkübel ihrer eigentlichen Bestimmung vorbehalten bleiben.

Artikel 10: Die Bestimmung gemäss Absatz 1 bleibt materiell unverändert. Neu ist demgegenüber, dass auch Take-away-Betriebe, die den öffentlichen Grund nicht zum Verkauf nutzen, zu dessen Sauberhaltung beitragen sollen. Dies einerseits durch die generelle Pflicht zur Aufstellung und Entleerung von Abfallbehältern und andererseits durch die Möglichkeit, Betrieben, deren Tätigkeit zu grösseren Verunreinigungen führen kann, besondere Auflagen zur Reinigung zu machen. Aufgrund der Bedeutung dieser Bestimmung soll diese Kompetenz dem Stadtrat zukommen und nicht dem Entsorgungsamt.

2.3 Finanzierung

Artikel 11: Im Bereich der Finanzierung der Abfallentsorgung ergeben sich keine massgeblichen Änderungen. Wie bisher werden die beiden Spezialfinanzierungen „Deponie“ und „Entsorgung von Siedlungsabfällen“ geführt. Die besondere Rechnung des KHK ergibt sich aus der Tatsache, dass es ein unselbständiges Unternehmen ist.

Artikel 12 und 13: Über die geltenden Regelungen hinaus ermöglichen diese Bestimmungen die Einführung einer gewichtsabhängigen Gebühr anstelle der volumenabhängigen Gebühr, wie sie durch die Abfallregion St.Gallen - Rorschach - Appenzell (A-Region) verwendet wird. Der Entscheid über den Zeitpunkt der Einführung einer gewichtsabhängigen Gebühr liegt beim Stadtrat.

Artikel 14: Das Reglement muss die Grundsätze festlegen, wie Gebühren zu bemessen sind. Die vorgesehene Bestimmung schreibt vor, dass die Abgaben insgesamt kostendeckend sein sollen.

Artikel 15 und 16: Die Art der erhobenen Gebühren für KHK und Deponie bleibt unverändert. Auch für diese Rechnung ist eine gesamthafte Kostendeckung vorgesehen.

Artikel 17: Die Entsorgung illegal deponierter Abfälle, deren Inhaber oder Inhaberin nicht ermittelt werden kann, muss gemäss kantonalem Recht durch die politische Gemeinde finanziert werden. Dies soll nicht über die Spezialfinanzierungen der Abfallbewirtschaftung erfolgen, sondern über den Allgemeinen Haushalt, weil diesem im Gegenzug die Einnahmen aus Bussenerhebungen auf der Stelle zufließen.

Artikel 18 bis 20: Die Bestimmungen bezüglich Säumnis, Ausschluss der Verrechnung und Verjährung entsprechen denjenigen des Abwasserreglements.



2.4 Schlussbestimmungen

Art. 21: Soweit keine bundesrechtlichen Strafbestimmungen bestehen, sollen Verstösse gegen das Abfallreglement mit Busse bestraft werden. Der Höchstbetrag der Busse richtet sich nach Bundesrecht und beträgt CHF 10'000 (Art. 106 Abs. 1 Strafgesetzbuch).

Art. 22: Der Stadtrat erhält weiterhin die Kompetenz zum Erlass eines Vollzugsreglements und eines Gebührentarifs.

Art. 23 bis 25: Die weiteren Schlussbestimmungen beziehen sich auf die Aufhebung des bisherigen Rechts, Referendum und Genehmigung sowie das Inkrafttreten des neuen Abfallreglements.

3 Anträge

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Es wird ein neues Abfallreglement gemäss Beilage erlassen.
2. Dieser Beschluss untersteht gemäss Art. 8 Ziff. 1 Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Abfallreglement
Synoptische Darstellung der Änderungen

